



Mit frischem Mut zu neuen Ufern!



Beschlussbuch

Beschlüsse des Juso-Landesverbandes Sachsen-Anhalt bei
der Landesdelegiertenkonferenz, 18.-19. Oktober 2008

Stiftung Evangelische Jugendhilfe in Bernburg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen-Anhalt hat am 18. und 19. Oktober beschlossen:

Landesarbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2008 – 2010

I. Präambel

Das Jahr 2009 wird für die SPD im Land und im Bund ein Jahr der Entscheidungen werden: Bei den Wahlen zum Bundestag und denen zum europäischen Parlament müssen sich sozialdemokratische Politikentwürfe als tragfähig genug erweisen, um die Renaissance konservativer Gesellschaftskonzepte zu verhindern und neoliberale Fehlentwicklungen zurückzudrängen.

Hierbei kommt den Jusos als Jugendverband der SPD eine wichtige Aufgabe zu. Wir müssen den Willen und die Entschlossenheit aufbringen, Politik nicht nur beobachten und kritisieren zu wollen, sondern gestaltend an ihr teilzunehmen. Dafür brauchen wir einen Landesverband, der konsequent und konzentriert inhaltlich arbeitet, seine Mitglieder zum Mitmachen motiviert und durch eine kreative Streit- und Diskussionskultur auch über die SPD-Grenzen hinaus wahrgenommen wird. Wir Jusos werden auch in Zukunft nicht nur aktive Juso-Arbeit leisten, sondern uns auch weiterhin engagiert in unseren Ortsvereinen, in den Stadt- und Kreisverbänden, den kommunalen Vertretungen sowie in Wahlkämpfen der SPD einbringen.

Wir Jusos sind junge Menschen und vertreten die Interessen der jungen Generation. Beim Streben nach den besten Ideen, Inhalten oder den besten politischen Konzepten steht für uns aber stets das Miteinander im Vordergrund. Für uns bedeutet politische Verantwortung, gesellschaftlichen Problemen ins Gesicht zu sehen und die Frage nach ihren Lösungen offen nach vorne zu stellen, mit dem Ziel, die bestehenden Verhältnisse nachhaltig zu verbessern.

Grundlage für die Arbeit der kommenden Jahre ist das 2007 in Wittenberg beschlossene Selbstverständnis der Jusos Sachsen-Anhalt. Auf der Grundlage dieses mit breiter Mehrheit verabschiedeten „Manifests“ wollen wir auch in den kommenden zwei Jahren daran mitwirken, unser Bundesland und die Bundesrepublik sozial gerechter, familienfreundlicher, gebildeter, toleranter und ökologischer zu machen.

II. Strukturen

a) Der Landesvorstand

Der Landesvorstand der Jusos Sachsen-Anhalt koordiniert die politische Arbeit des Landesverbandes. Er berät und beschließt auf regelmäßigen Zusammenkünften über politische Angelegenheiten.

Auf seiner konstituierenden Sitzung gibt sich der Landesvorstand eine Geschäftsordnung und verteilt für die kommenden zwei Jahre die interne Aufgabenverteilung. Diese wird umgehend dem Juso-Landesverband zugänglich gemacht, damit Ansprechpartner für konkrete Projekte schnell und problemlos gefunden werden können. Die Arbeit der Landesvorstandmitglieder soll auch daran gemessen werden, wie sie ihre Pflichten bei der Kreis- und Arbeitskreisbetreuung wahrnehmen.

b) Der Landesausschuss

Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf Landesebene. Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt über politische Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke des Austausches von Informationen. Der Landesausschuss führt einmal im Jahr ein Seminar zum Erfahrungsaustausch über Mitgliederwerbung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorbereitung und Durchführung von Events auf der Ebene der Stadt- und Kreisverbände durch.

c) Die Landesarbeitskreise (LAK)

Die Landesarbeitskreise unterstützen maßgeblich die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und sind für folgende Themenbereiche selbständig aktiv:

LAK Zukunft

- Evaluation und Verbesserung der Juso-Arbeit im Landesverband und vor Ort
- Kampagnenfähigkeit des Verbandes sowie Wahlkampfstrategien
- Neumitgliederwerbung und Altmitgliederaktivierung

LAK Bildung und Soziales

- Begleitung des Landesbildungskonventes
- frühkindliche Bildung, Schulpolitik, Hochschulpolitik (in Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen)
- (aus-)bildungsbegleitende Einrichtungen sowie Aus- und Weiterbildung
- Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Jugenddelinquenz
- Gleichstellungspolitik, Generationengerechtigkeit und Integration

LAK gegen Rechtsextremismus

- Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
- Weiterführung des Projekts „Endstation rechts“
- Verständigung über eine wirksame Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus

LAK Ökonomie und Ökologie

- Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie
- Wirtschafts-, Arbeitsmarktpolitik und Globalisierung
- Demografie und Stadtumbau
- Erschließung und Nutzung regenerativer Energien
- Umweltstandards auf Landesebene
- Verkehrsinfrastruktur und Zukunft des ÖPNV

Die Landesarbeitskreise werden bis spätestens Ende November 2008 auf einer Sitzung konstituiert, die der Landesvorstand vorbereitet, einberuft und durchführt. Auf dieser Zusammenkunft benennen die konstituierten Arbeitskreise einige Projekte oder Ziele, die in den kommenden zwei Jahren in Angriff genommen werden sollen. Sie treten regelmäßig zusammen und wählen aus den eigenen Reihen einen Koordinator, der zu Sitzungen einlädt und die Arbeit der Landesarbeitskreise strukturiert. Bei Bedarf können sich die Landesarbeitskreise einen Stellvertreter des Koordinators wählen.

Jeder Landesarbeitskreis ist verpflichtet, zu den Landesdelegiertenkonferenzen schriftlich oder mündlich Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen.

In ihrem inhaltlichen Wirken sind die Landesarbeitskreise als wichtige Säule unseres Landesverbandes weitgehend eigenständig.

Zur Absicherung der Arbeit unseres Landesverbandes führen die Landesarbeitskreise pro Kalenderjahr ein Seminar oder Seminarwochenende durch. Bei der Organisation und Durchführung kann der Landesvorstand um Hilfe gebeten werden, grundsätzlich erfolgt die Seminararbeit aber selbstständig.

d) Die Juso- Hochschulgruppen

Eine wichtige Zielgruppe für die Sozialdemokratie sind die Studierenden an den Hochschulen. Die Jusohochschulgruppen sind als Projektgruppe des Juso-Landesverbandes die einzig legitime Vertretung der Jusos und der Sozialdemokratie an den Hochschulen. Sie sensibilisieren die Studierenden für die Arbeit und die Organisation der Jusos und der SPD. Sie tragen zur Mitgliederwerbung bei, organisieren Öffentlichkeit und machen in der studentischen Selbstverwaltung und in den Verwaltungsgremien der Hochschulen sozialdemokratische Politik. Das Landeskoordinatorentreffen der Hochschulgruppen entsendet einen Vertreter in den Landesvorstand. Dieser nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesvorstandes teil und hat Antrags- und Rederecht.

e) Beauftragte

1. Pressesprecher

Die Jusos Sachsen-Anhalt installieren die Position eines Pressesprechers, der durch den Landesvorstand ernannt wird.

2. Der Jugendbeauftragte

Für die Schülerinnen und Schüler wollen wir ein neues Forum schaffen. Der Jugendbeauftragte ist dafür zuständig, Schülerinnen und Schüler an den Landesverband zu binden. Des Weiteren soll der Jugendbeauftragte eine Plattform zur Diskussion von Jugend- und Schulpolitik in Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen schaffen. Der Jugendbeauftragte wird für zwei Jahre vom Landesvorstand gewählt.

III. Inhalte

Wir Jusos Sachsen-Anhalt wollen an begonnene und erfolgreiche Projekte der letzten Jahre ausdrücklich anknüpfen. Hierzu zählen zum Beispiel die Fortführung des „Endstation Rechts“-Projekts, der Ausbau und die Veröffentlichung der im Landesarbeitskreis Zukunft erarbeiteten Fragebögen und Leitfäden für die Arbeit in strukturschwachen Kreis- und Stadtverbänden sowie die Fortsetzung der Begleitung des Bildungskonvents durch den Landesarbeitskreis Bildung. Zudem wollen wir unsere Juso-Kandidaten durch die Sozialdemokratische Kommunalakademie für die kommenden politischen Herausforderungen, zum Beispiel die Kommunalwahlen 2009, fit machen. Dabei bauen wir auf die bewährte Zusammenarbeit mit der SGK und der SPD.

Eine wichtige Aufgabe in den kommenden zwei Jahren wird es sein, während und im Umfeld der anstehenden Wahlkämpfe die Außenwirkung von Jusos und SPD im Blick zu behalten. Die Jusos sind nicht die Jugendorganisation der SPD, die lediglich Plakate klebt und Beschlüsse der Zentralen verkündet; wir sind vielmehr eine Arbeitsgemeinschaft, die eigenständig intensiv arbeitet und eigene Ideen, Konzepte und Zukunftsentwürfe sowie eine spezifische, sehr lebendige Verbandskultur zu bieten hat. Unsere Ansichten werden immer dann Gehör finden, wenn wir sie mutig, offensiv und sachlich in die Partei hineinbringen.

Wir werden die Arbeit des Bundesverbandes auch weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten. Unserem Verband, in dem gut die Hälfte der Mitglieder schon Verantwortung in der SPD trägt, bleibt allerdings wenig Zeit für die Diskussion der vom Professor abgelehnten Seminararbeiten unserer Genossinnen und Genossen. Wir freuen uns über die vielfältigen Initiativen und Diskussionsanstöße des Bundesverbandes und eignen uns die zweckmäßigen an – doch wir übernehmen, wie dies auch für die SPD als solche gilt, nicht sklavisch jede Vorgabe des Bundesvorstandes.

Für die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und seine Positionierung innerhalb der SPD oder gegenüber der Öffentlichkeit steht jeder einzelne Juso in der Pflicht, von der Arbeit im Ortsverein bis zum Bundeskongressdelegierten. Hierin eingeschlossen ist nicht nur der Kontakt zur den anderen Arbeitsgemeinschaften in der SPD – zur AfB, zur AsJ, zur AsF, der AfA und zur AG 60+.

Auch der Dialog mit anderen gesellschaftlichen Aktivisten von den Falken über die Gewerkschaftsjugendorganisationen bis hin zu Sozialverbänden und lokalen Initiativen muss künftig eine tragende Rolle spielen. Wir werden daher versuchen, als ersten Schritt einen regelmäßigen Dialog zwischen den Jugend-GewerkschaftsvertreterInnen in Sachsen-Anhalt und dem Juso-Landesverband zu initiieren. Ziel unseres Handelns muss es sein, gemeinsame Positionen zu stärken und durchzusetzen.

Wir wissen, dass bei den Jusos neben dem Reiz der inhaltlichen Arbeit auch der gesellige Aspekt eine wichtige Rolle spielt. Oft bieten unsere Seminare eine gelungene Mischung beider Vorzüge von Juso-Arbeit. Deshalb wird der Landesvorstand bis zur LDK 2009 ein Seminarwochenende anbieten. Hierbei sollen unter anderem die Landesarbeitskreise ihre Arbeit vorstellen und zur Diskussion anregen.

Weil wir uns aber nicht nur in der täglichen Arbeit im Landesverband, in den Kreis- und Stadtverbänden bewähren, sondern uns immer wieder auch unserer Wurzeln vergewissern müssen, wird der Landesverband in der kommenden Legislaturperiode zudem ein Seminar zu den theoretischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung veranstalten. Federführend ist dabei der Landesvorstand.

IV. Innerverbandliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Zur transparenten Vermittlung der Arbeit des Landesverbandes wird der Landesvorstand in regelmäßigen Abständen publizierend tätig. In einem elektronischen Newsletter wird regelmäßig über die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit von Landesvorstand, Landesausschuss und der Landesarbeitskreise berichtet, gleichzeitig können so aber auch Termine im Landesverband in großer Breite bekannt gegeben werden.

Weiterhin dient die Homepage und der in enger Verbindung zu ihr stehende Blog als zentraler Ort der innerverbandlichen Kommunikation. Die Verantwortlichen sind angehalten, Neuigkeiten rasch zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen ehrlich konstatieren, dass unser Frauen- wie auch unser Schüler- und Auszubildendenanteil alles andere als befriedigend ist. Der gesamte Landesverband, insbesondere auch die Kreis- und Stadtverbände, sind aufgefordert, vor diesem unerfreulichen und gefährlichen Zustand die Augen nicht zu verschließen und sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.

Wir müssen alle mit anpacken!

Wir müssen uns klar darüber sein, dass eine effektive und zugleich motivierende Arbeit nur dann möglich ist, wenn wir gemeinsam bereit sind, Landesvorstand, Landesausschuss und die Landesarbeitskreise über die Teilnahme hinaus mit Kreativität und Lebhaftigkeit zu füllen.

Dafür werden alle Jusos des Landesverbandes – also jede und jeder von euch - gebraucht, damit wir gemeinsam in den kommenden zwei Jahren zu vorzeigbaren Ergebnissen kommen und unseren Stellenwert als aktiver SPD-Nachwuchsverband weiter ausbauen können.

Breiterer Einstellungskorridor für Lehrereinstellungen

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass sich unsere Landesminister/innen und die SPD-Landtagsfraktion für einen breiteren Korridor bei den Lehrereinstellungen einzusetzen.

Demokratisierung der Schule

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine demokratischere Gestaltung der Schulen in Sachsen-Anhalt. Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen:

Teil A: die Schülerinnen und Schüler

Ebene I – die Klasse:

- 1) Alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden gemeinsam den Klassenrat. Dieser tagt in einem festgelegten Rhythmus und bei Bedarf und entscheidet demokratisch über die Klasse betreffende Belange wie Klassenfahrten, Projekte etc.
- 2) Der Klassenrat wählt zu Beginn jedes Schuljahres einen Klassensprecher bzw. eine Klassensprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin. Bei Bedarf können weitere Ämter wie ProtokollantIn, Klassenbuchverantwortliche/r etc. gewählt werden.
- 3) Der Klassensprecher bzw. die Klassensprecherin leitet die Sitzungen des Klassenrates und vertritt die Klasse in der Schülerkonferenz.

Ebene II – die Schule:

- 1) Die KlassensprecherInnen aller Klassen einer Schule bilden zusammen die Schülerkonferenz. Diese tagt mindestens einmal im Monat und entscheidet über Belange, die die SchülerInnen der Schule betreffen.
- 2) Die Schülerkonferenz wählt für die Dauer von einem Jahr Delegierte für das Schulparlament.
- 3) Die Schülerkonferenz wird vom Schülersprecher bzw. von der Schülersprecherin geleitet. Dieser/diese wird zusammen mit einem Stellvertreter bzw. einer Stellvertreterin für die Dauer von einem Jahr direkt von den SchülerInnen der jeweiligen Schule gewählt.

Ebene III – der Kreis bzw. die kreisfreie Stadt:

- 1) Der Kreis-/Stadtschülerrat setzt sich aus den SchulschülersprecherInnen und je nach Schülerzahl aus 1 bis 2 weiteren von den SchülerInnen der jeweiligen Schule direkt für 1 Jahr gewählten VertreterInnen zusammen.
- 2) Der Kreis-/Stadtschülerrat wählt aus seiner Mitte einen Sprecher bzw. eine Sprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 3) Der Kreis-/Stadtschülerrat vertritt die Belange der Schülerschaft gegenüber dem Kreistag bzw. Stadtrat, sowie der Schulverwaltung.

Ebene IV – das Land:

- 1) Die Mitglieder des Landesschülerrates werden alle zwei Jahre von einer Landesschülerdelegiertenkonferenz gewählt. Diese Konferenz setzt sich proportional nach der jeweiligen Schülerzahl in den Kreisen und kreisfreien Städten zusammen. Die Delegierten werden von ihrem jeweiligen Kreis-/Stadtschülerrat gewählt.
- 2) In den Landesschülerrat können nur SchülerInnen gewählt werden, die noch mindestens für die Dauer der Amtszeit die Schule besuchen.
- 3) Der Landesschülerrat wählt aus seiner Mitte einen Sprecher bzw. eine Sprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 4) Der Landesschülerrat vertritt die Belange der Schülerschaft gegenüber dem Kultusministerium bzw. dem Landtag und koordiniert die Kreis- bzw. Stadtschülerräte.

Teil B: die Eltern

- 1) Klassenebene: Mindestens einmal im Quartal ist ein Elternabend einzuberufen. Die Eltern der SchülerInnen einer Klasse wählen aus ihrer Mitte zu Beginn jedes Schuljahres einen Elternsprecher bzw. eine Elternsprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 2) Schulebene: Die ElternsprecherInnen aller Klassen einer Schule bilden zusammen den Elternrat der Schule. Dieser wählt für ein Jahr aus seiner Mitte einen Schulelternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin sowie für die Dauer von einem Jahr Delegierte für das Schulparlament.
- 3) Kreis-/Stadtebene: Die SchulelternsprecherInnen aller Schulen pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt bilden zusammen den Kreis- bzw. Stadtelternrat. Dieser wählt für

ein Jahr aus seiner Mitte einen Kreis- bzw. Stadtelternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.

- 4) Landesebene: Die ElternsprecherInnen aller Kreise bzw. kreisfreien Städte bilden zusammen den Landeselternrat. Dieser wählt für ein Jahr aus seiner Mitte einen Landeselternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 5) Die gewählten ElternvertreterInnen vertreten auf der jeweiligen Ebene die Belange der Eltern gegenüber der Schulleitung, den Kommunalparlamenten, der Schulverwaltung sowie dem Kultusministerium und dem Landtag.

Teil C: das Schulparlament

- 1) Das Schulparlament tagt mindestens einmal im Quartal und setzt sich paritätisch aus Lehrer-, Schüler- und ElternvertreterInnen zusammen. LehrervertreterInnen sind FachgruppenleiterInnen bzw. LehrerInnen mit Sonderaufgaben. ElternvertreterInnen werden vom Schulelternrat delegiert und SchülervertreterInnen werden von der Schülerkonferenz delegiert.
- 2) Die Leitung und Koordination des Schulparlamentes obliegt dem Schulrat, der sich aus der Schulleitung, der/dem ElternsprecherIn und deren/dessen StellverteterIn und der/dem SchülersprecherIn und deren/dessen Stellverteterin zusammen.
- 3) Das Schulparlament berät und beschließt über Aufgaben und Themen, die im Rahmen der Erweiterung der Schulautonomie anfallen bzw. über Aufgaben und Themen, die die gesamte Schule betreffen. Es kann weiterhin Aufgaben an die anderen Gremien der Schule verteilen.

Teil D: Allgemeine Anmerkungen

- 1) Sollte auf einer der Ebenen ein Schüler bzw. eine Schülerin vorzeitig aus ihrem/seinem Amt ausscheiden, rückt der bei der Wahl nächst unterlegene Kandidat bzw. die nächst unterlegene Kandidatin in das Amt nach. Auf Antrag eines Gremienmitgliedes ist auch eine Neuwahl möglich.
- 2) Die jeweilige Schule, der jeweilige Kreis bzw. die jeweilige kreisfreie Stadt und das Kultusministerium stellen Räumlichkeiten und Verwaltung für die Arbeit der jeweiligen Konferenzen und Räte zur Verfügung.
- 3) Es muss ein Gesetz geben, in dem die demokratischen Strukturen der Schulen in Sachsen-Anhalt festgeschrieben sind und das ähnlich dem Hochschulgesetz Aufgaben bzw. Rechte und Pflichten für die jeweiligen Gremien benennt.
- 4) Die seit langem geforderte größere Autonomie bei Finanzen, Personal etc. muss umgesetzt werden, damit die Gremien auch über ihre Verantwortung eine tragende Rolle im System Schule spielen können.
- 5) Nach einer Laufzeit von zwei Jahren erfolgt zusammen mit den Lehrer-, Eltern- und SchülervertreterInnen im Land eine Evaluation.

- 6) An der Demokratisierung sind sämtliche staatlichen und privaten Schulformen zu beteiligen, deren Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Schulpflicht unterliegen.

Enthierarchisierung des Schulsystems

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass bei der Beratung der zukünftigen Schulstrukturen die Enthierarchisierung des Schulsystems und damit die Gleichstellung von Gymnasium und Realschule zum Hauptziel gemacht wird. Folgende Handlungsschwerpunkte sollen dabei in den Blick genommen werden:

- 1) Die Hauptschule bzw. die Hauptschulklassen innerhalb der Sekundarschulen sind abzuschaffen.
- 2) Die jetzigen Sekundarschulklassen sind ebenfalls abzuschaffen und durch Realschulklassen im ursprünglichen Sinne zu ersetzen.
- 3) Die Differenzierung erfolgt nicht wie bisher nach der 4. Klasse, sondern mit der 9. Klassenstufe.
- 4) Der Unterricht am Gymnasium soll vor allem auf die Aufnahme eines Studiums vorbereiten, d.h. Wissen und Fähigkeiten vermitteln, die Voraussetzung für die Zulassung zum Studium sowie eine erfolgreiche Durchführung sind.
- 5) Die Realschule soll auf dem gleichen Niveau aber praxisnäher auf eine zukünftige Fachausbildung vorbereiten, d.h. Wissen und Fähigkeiten vermitteln, die Voraussetzung für die Aufnahme einer Ausbildung sowie eine erfolgreiche Durchführung sind.
- 6) Innerhalb beider Schienen soll es neben die regulären Klassen sowohl Leistungs- als auch Förderklassen geben. Erstere sollen Schülerinnen und Schülern mit Leistungsrückstand über den regulären Unterricht hinaus helfen, den Leistungsrückstand aufzuholen. Letztere sollen Schülerinnen und Schüler mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten bzw. besonderen Talenten und Interessen über den regulären Unterricht hinaus weiterführende Angebote unterbreiten.
- 7) Zur Umsetzung dieser Neuerungen ist der Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen erforderlich.

Schulische Bildung wieder auf die Tagesordnung

Der Jusos Sachsen-Anhalt fordern den SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt dazu auf, dass Thema schulische Bildung wieder auf die Tagesordnung zu setzen und angesichts der eklatanten Ergebnisse des sachsen-anhaltischen Schulsystems auch über wirklich innovative grundsätzliche Weichenstellungen zu diskutieren. Die Bildungspolitik der letzten achtzehn Jahre hat sich als ausgesprochen innovations- und wirkungslos erwiesen. Wir müssen es endlich schaffen über unseren eigenen Tellerrand hinauszuschauen und auch vermeintliche Selbstverständlichkeiten, die nur dann als selbstverständlich gelten können, wenn man ausschließlich die staatlichen deutschen Schulen im Blickfeld hat, zu hinterfragen. Die Bildungspolitik muss endlich

die wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zur Kenntnis nehmen und vom ideologisch prädestinierten Festhalten am Status quo befreit werden. Der Kreisverband Harz hat dafür das anhängige Thesenpapier erarbeitet, welches als Diskussionsgrundlage dienen sollte. Wir erwarten, dass die verantwortlichen Landtagsabgeordneten bei inhaltlicher Ablehnung unserer Thesen, die Ablehnung und die beabsichtigte Aufrechterhaltung des Status quo mit all seinen verheerenden Folgen für den Erfolg des sachsen-anhaltischen Schulsystems ausführlich begründen.

Unterschriftenkampagne zur Bundestagswahl 2009 gegen den Bildungsföderalismus

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Bundesvorstand der SPD auf, begleitend zum Bundestagswahlkampf 2009 eine Unterschriftenkampagne zum Ende des Bildungsföderalismus und für eine Bündelung von Kernkompetenzen im Bereich Bildung auf Bundesebene durchzuführen und dieses Thema allgemein zu einem Themen- und Wahlkampfeswerpunkt der SPD zu machen.

Verbesserung der Lehrerfortbildung

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine bessere Lehrerfortbildung einzusetzen, die folgende Punkte beinhaltet:

1. Einmal im Quartal sollen alle LehrerInnen einer Schule gemeinsam eine Fortbildung mit ReferentInnen zu Themen wie Pädagogik, Didaktik, Umsetzung und Weiterentwicklung des Schulprogramms oder anderen fachübergreifenden Themen absolvieren.
2. Die fachspezifische und fachdidaktische Fortbildung sollte mindestens einmal im Halbjahr stattfinden.

Bestehende Schulstandorte schützen/ Stopp weiterer Schulschließungen

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass sich die SPD-Landtagsfraktion und unsere Landesminister/innen für einen wirklichen Stopp der Schulschließungen nach der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2009 einzusetzen. Die Schulen, die nach dieser Planung erhalten bleiben, sollten für mindestens 10 bis 15 Jahre einen Bestandsschutz erhalten.

Medienvielfalt ausbauen und den lokalen Hörfunk stärken

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für die Änderung des Landesmediengesetzes in Sachsen-Anhalt ein. Durch das Mediengesetz sollen kommerzielle Hörfunksender auf lokaler

Ebene erlaubt und die Vergabemöglichkeiten von Rundfunkfrequenzen an diese Sender vorgesehen werden. Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird beauftragt, eine entsprechende parlamentarische Initiative in Abstimmung mit dem Koalitionspartner schnellst möglich zu entwickeln.

Kinderrechte in die Landesverfassung Sachsen-Anhalts und in das Grundgesetz

Die MinisterInnen der SPD und die SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich bis zum Ende der Legislaturperiode dafür einzusetzen, die UN-Kinderrechte in die Landesverfassung Sachsen-Anhalts und in das Grundgesetz einzubinden.

Udo Voigt aus dem Bundeswehrverband ausschließen!

Die Jusos-Sachsen-Anhalt fordern den Vorsitzenden Bernhard Gertz unverzüglich auf, Udo Voigt endlich aus dem Bundeswehrverband auszuschließen.

Generationengerechtigkeit in Deutschland

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Bundesvorstand der Jusos und der AG 60plus auf, einen gemeinsamen Zukunftskonvent zum Thema „Generationengerechtigkeit in Deutschland“ für das Jahr 2009 zu organisieren. Ziel des Konvents soll ein gemeinsames Eckpunktepapier der Generationen sein, welches zu veröffentlichen ist.

Keine weitere Verschärfung von Sicherheitsgesetzen

Die Jusos in Sachsen-Anhalt fordern, dass die SPD Bundestagfraktion aufgefordert wird, den Plänen von Bundesminister Schäuble zur weiteren Verschärfung der Sicherheitsgesetze entschieden entgegenzutreten und damit einhergehend keinen weiteren Abbau der grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechte zuzulassen.

Initiative für eine Länderfusion

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass der SPD Landesparteitag beschließen möge:

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt auf, eine Arbeitsgruppe zum Thema Länderfusion zu bilden. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe soll die Prüfung der Machbarkeit und die Erarbeitung eines mittelfristigen Handlungsplanes sein.

Initiierung von Partnerschaften zwischen Kreis- und Stadtverbänden

Der Landesverband soll nach der LDK ein Modellprojekt ins Leben rufen, bei dem über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr jeweils 2 Kreis- und Stadtverbände zusammenarbeiten. Geographische Nachbarschaft muss dabei keine Rolle spielen. Bei dieser Zusammenarbeit sollen Informationen und Anregungen ausgetauscht werden, um die Arbeit in dem eigenen Verband und auch im Landesverband zu verbessern und verstärken. Zu diesem Zweck treffen sich die jeweiligen Partner regelmäßig zu gemeinsamen Sitzungen oder Seminaren. Die genaue Ausgestaltung der Partnerschaft bleibt ihnen überlassen. Jede Kooperation wird von einem Mitglied des Landesvorstandes betreut.

Damit ein solches Projekt auch ein Erfolg wird, sollte man als Abschluss der Zusammenarbeit ein Fest oder eine Veranstaltung organisieren. Dabei sollte man auch Mandatsträger der SPD integrieren, um den Erfolg und die Nützlichkeit geographisch übergreifender, aktiver Partnerschaften im SPD-Landesverband aufzuzeigen.

Termine von SPD-Vertretern veröffentlichen

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass vor öffentlichen Terminen prominenter SPD Vertreter die lokalen Partei bzw. Gliederungsvertreter von zentraler Stelle zu informieren sind, um eine bessere Außenwirkung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und deren Gliederungen zu gewährleisten. Dies kann sowohl von den Regionalgeschäftsstellen geschehen als auch von der Landesgeschäftsstelle- ferner von MdBs oder MdLs. Der hierfür benötigte Zeitaufwand ist gering- der Nutzen mitunter groß.

Juso-Vertreter bei der Bundesversammlung

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass der SPD-Landesvorstand bei der Benennung der fünf SPD-Delegierten für die Bundesversammlung 2009, die neben den Bundestagsabgeordneten noch vom Landtag formal zu wählen sind, ein Mitglied der Jusos berücksichtigt.

Verpflichtende Kreisbereisung der/des Landesvorsitzenden

Die Jusos Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass in Zukunft die/der Landesvorsitzende/r verpflichtet wird während einer Legislaturperiode, d.h. innerhalb von zwei Jahren, in jedem Kreisverband und Stadtverband mindestens einmal an einer Mitgliederversammlung teilzunehmen.

Richtlinien für den Juso-Landesvorstand zum Umgang mit LDK-Anträgen

- 1) Weiterleitung: Die Beschlüsse von Landesdelegiertenkonferenzen werden binnen zwei Monaten nach einer LDK an die angegebenen Adressaten der Beschlüsse weitergeleitet.
- 2) Beschlussbuch: Ein LDK-Beschlussbuch wird binnen zwei Monaten nach einer LDK per E-Mail an alle Mitglieder des Juso-Landesverbandes versendet.
- 3) Beschlussevaluation: Der Status von Beschlüssen vergangener Landesdelegiertenkonferenzen – *in Arbeit* vs. *durch politische Entscheidung erledigt* vs. *abgewiesen* etc. – ist regelmäßig zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Evaluation sind in einer Übersicht festzuhalten, die mindestens einmal pro Halbjahr zu aktualisieren ist.
- 4) Veröffentlichung: Alle LDK-Beschlussbücher und die aktuelle Übersicht zur Evaluation der Beschlüsse sind auf der Juso-Homepage zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. Aktuelle Entwicklungen sind zeitnah im Rahmen eines Blogs zu melden. Zusätzlich sind die Ergebnisse in Kurzform mit dem Antragsbuch zukünftiger Landesdelegiertenkonferenzen zu versenden.

Die Punkte 3, Satz 1 bis 4, Satz 2 gelten bereits für die Beschlüsse der Juso-LDK 2007.

Rechte der Antragskommission

Die Antragskommission hat nur redaktionelle Pflichten zu erfüllen und ist nicht befugt, Anträge abzulehnen oder Abstimmungsempfehlungen zu erteilen.

Landesplan zur Anpassung an den Klimawandel

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass das Land Sachsen-Anhalt einen Aktionsplan erstellt, der speziell für unser Bundesland Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Klimawandels enthält. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gebildet werden, die die Situation und bisherigen und künftigen Veränderungen vor Ort analysieren und auf dieser Basis realistische Anpassungsstrategien erarbeiten soll.

Umsetzung des DESERTEC-Konzeptes zur Nutzung regenerativer Energien

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die politische Unterstützung und Umsetzung des DESERTEC-Konzeptes (www.desertec.org), das vorsieht, den Energiebedarf von Europa mittelfristig vollständig durch erneuerbare Energien zu decken.

Erweiterung der Verkehrsstatistik

Die Polizeibehörden der Länder und das Statistische Bundesamt sollen dazu angehalten werden, in der jährlichen Verkehrsunfallstatistik auch die Zahl der Personen zu erfassen, die durch die Beteiligung an einem Unfallgeschehen einen bleibenden gesundheitlichen Schaden (Schwerbehinderung) davon getragen haben.

Keine Ampeln, keine Bordsteine – Gegen den Verkehrsschilderwald – Für „Shared Space“ in Sachsen-Anhalt

Die SPD-Landtagsfraktion und MdEP Ulrich Stockmann sollen untersuchen, inwieweit das Konzept „Shared Space“ auch in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden kann, um Pilotprojekte in den Kleinstädten unseres Bundeslandes zu initiieren.

Änderung des Bundesgleichstellungsgesetzes

Das Bundesgleichstellungsgesetz ist im Sinne des Gender Mainstreaming so zu ändern, dass der Posten der Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann ausgeführt werden kann. Alle entsprechenden Paragraphen, in den dieser Posten nur im weiblichen Geschlecht aufgeführt ist, sind anzupassen.

Änderung des Frauenförderungsgesetzes Sachsen-Anhalt

Das Frauenförderungsgesetz Sachsen-Anhalt ist im Sinne des Gender Mainstreaming so zu ändern, dass der Posten der Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann ausgeführt werden kann. Alle entsprechenden Paragraphen, in den dieser Posten nur im weiblichen Geschlecht aufgeführt ist, sind anzupassen.

Gerechte Abgeltung der Überstunden

Wir Jusos bitten den Landtag Sachsen-Anhalt um eine gesetzliche Regelung zur stärkeren Kontrolle der Abgeltung von Überstunden für Arbeitnehmer.

Mehr Sachleistungen statt mehr Kindergeld

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine gerechtere Kinder- und Jugendpolitik. Dazu sollen mehr an den Besuch einer Institution gebundene Sachleistungen erbracht werden, anstatt das Kindergeld zu erhöhen. So sollte beispielsweise die Verpflegung in den Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche darüber finanziert werden.

Einführung einer Mindestlohnkommission

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die schnellstmögliche Einberufung einer Mindestlohnkommission nach dem Vorbild der britischen „low pay commission“ durch Bundesregierung und Bundestag.

Sie soll sich paritätisch aus renommierten Wissenschaftlern sowie Vertretern von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zusammensetzen und rasch einen Vorschlag über einen Zeitfahrplan zur Einführung flächendeckender Mindestlöhne in der Bundesrepublik vorlegen. Dabei kann wie im britischen Fall auf einem zunächst niedrigen Niveau begonnen werden, von dem aus die Lohnhöhe regelmäßig erhöht wird. Die wichtige Evaluation der Einführung von Mindestlöhnen bleibt somit regelmäßig möglich.

Zentral muss die Forderung bleiben, dass ein Mindestlohn nicht nur ausgewählten Branchen, sondern der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu Gute kommt und damit die Beschränkungen des Entsendegesetzes überwindet.

Einrichtung einer ALGII-Kommission

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einsetzung einer Kommission zur Evaluation der Hartz-IV-Gesetze und ihrer Folgen für den Arbeitsmarkt und das soziale Klima in Deutschland mit dem Ziel der Beseitigung von bisher aufgetreten Fehlern und Schwächen und des negativen Images von „Hartz IV“.

Zurückhaltung bei Diätenerhöhungen

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern alle sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf, keinen Diätenerhöhungen mehr zuzustimmen, die eine Erhöhung oberhalb der Entwicklung der durchschnittlich verfügbaren Einkommen der Bevölkerung vorsehen. Zudem fordern wir ein System der Anrechnung von Nebeneinkünften hauptamtlicher Politiker zu schaffen.

Einführung einer Börsenumsatzsteuer

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Höhe von 0,1 Prozent. Besteuert wird der Umsatz der von Inländern gehandelten Wertpapiere. Dies umfasst sämtliche als Options- oder Festgeschäft ausgestalteten Finanzinstrumente, sowie Kombinationen zwischen Options-, Variablen- und Festgeschäften, deren Preis unmittelbar oder mittelbar abhängt von

- dem Börsen- oder Marktpreis von Wertpapieren
- dem Börsen- oder Marktpreis von Geldmarktinstrumenten
- dem Kurs von Devisen oder Rechnungseinheiten
- Zinssätzen oder anderen Erträgen oder
- dem Börsen- oder Marktpreis von Waren oder Edelmetallen

Dabei ist es ohne Bedeutung, ob das Termingeschäft in einem Wertpapier verbrieft ist und ob es an einer amtlichen Börse oder außerbörslich abgeschlossen wird. Zu den Termingeschäften gehören insbesondere Optionsgeschäfte, Swaps, Devisentermingeschäfte, Forwards oder Futures. Außerdem sollen institutionelle Großanleger, wie z. B. Investmentfonds, zur Offenlegung ihrer Börsentransaktionen verpflichtet werden.

Einführung einer verbindlichen Patientenverfügung

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Einführung einer verbindlichen Patientenverfügung für jede Bürgerin und jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Des Weiteren müssen kostenfreie Informationsmaterialien über die Patientenverfügung den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Umwelt und Wirtschaft nicht gegeneinander ausspielen

Umweltpolitik als Notwendigkeit verstehen

Trotz der Politisierung der ökologischen Gedanken fristet die Umweltpolitik immer noch ein untergeordnetes Dasein. Zwar haben in den letzten Jahren alle Parteien erkannt, dass auch ihre Programme die Umweltpolitik berücksichtigen müssen, doch meist nicht an prominenter Stelle. Außerdem versuchen viele, insbesondere konservative Politiker, die Wirtschaftspolitik gegen die Umweltpolitik auszuspielen. Doch nur wer erkennt, dass eine intakte Umwelt überhaupt ein Wirtschaften erlaubt, wird sehen, dass man Wirtschaftsinteressen nicht gegen unsere Umwelt ausspielen kann.

Unsere Umwelt ist unsere Zukunft

Wir Jusos, als programmatischer und progressiver Jugendverband, sind insbesondere verpflichtet Themen zu besetzen, die das menschliche Zusammenleben in den nächsten Jahrzehnten beeinflussen werden. Die Rettung unserer Erde in Zeiten der immer stärker werdenden Umweltverschmutzung, der Rodung unserer Regenwälder sowie der Verschmutzung des schon viel zu knappen Trinkwassers muß für uns Anlass sein, hier politisch zu handeln. Viele Probleme sind hausgemacht. Insbesondere die vom Menschen verursachte globale Erderwärmung wurde und wird auch von der Bundesrepublik Deutschland mit verursacht. Aus diesem Grund sprechen wir Jusos uns dafür aus, dass:

- Der Individualverkehr sinnvoller und effizienter gestaltet wird. Wir fordern eine CO₂ Besteuerung, die nicht mit Tricks arbeitet, sondern wie in Frankreich den tatsächlichen CO₂-Austoss als Steuergrundlage nimmt.
- Der ÖPNV nicht kaputt gespart wird, sondern durch Mittel des Bundes und der Länder ausgebaut wird.

- Keine sinnlosen Bauvorhaben gestartet werden, die der Umwelt mehr schaden als nutzen, wie z. Bsp. die Zerstörung des Lebensraums Elbe, durch den Elbe-Saale-Kanal.
- Die Erforschung und die flächendeckende Nutzbarmachung moderner Antriebstechniken steuerlich noch stärker gefördert werden.
- Kerosin und Schiffsdiesel besteuert werden.
- Entwicklungshilfe auch dafür genutzt wird, dass gerodete Regenwälder wieder aufgeforstet und geschützt werden.
- Deutschland noch mehr als bisher sich dafür einsetzt, dass zukünftige Wirtschaftsmächte wie China oder Indien, aber auch Industrienationen wie die USA sich zu einem echten und fairen Emissionshandel bereit erklären.

All dies können nur einzelne Projekte sein, die die globale Erwärmung vielleicht etwas verlangsamen. Aber es sind erste wichtige Schritte, wenn wir den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen wollen. Das Leben auf Kosten der nachfolgenden Generation muss aufhören.

Die Zukunft der Umwelt ist abhängig von unserer Forschung und Entwicklung

Die Forschung und Entwicklung von modernen Energiegewinnungsformen hat in den letzten Jahren dem Staat eine Menge Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verschafft. Der ökologische Sektor ist einer der größten boomenden Märkte überhaupt. Aus diesem Grund sind staatliche Investitionen in diese Märkte nicht nur eine Investition in eine saubere Umwelt, sondern auch eine Investition für den sozialen Frieden in Deutschland. Aus diesem Grund fordern wir Jusos weiterhin:

- Dass der Staat über die KfW zinslose Kredite bis zu hunderttausend Euro an junge Umwelt-Start-up-Unternehmen vergeben kann.
- Dass der Bund und die Länder, mehr Geld für die Forschung neuer Umwelttechnologien bereitstellen.
- Dass die Kooperationen zwischen Hochschulen und jungen Unternehmen staatlich gefördert werden.
- Dass mehr Studienplätze in Bereichen, die sich mit Umwelt- und Energietechnik beschäftigen, zur Verfügung gestellt werden.
- Dass internationale Kooperation im Bereich Umwelt- und Energietechnik geknüpft und intensiviert werden, damit Synergieeffekte genutzt werden können.

Eine intakte Umwelt bedeutet ein gesünderes Leben

Das große Monokulturen in der Landwirtschaft großen ökologischen Schaden anrichten, ist eine bekannte Tatsache. Der Schaden ist aber nicht nur bei den Ökosystemen als solche anzutreffen, sondern schadet den Menschen auch direkt. Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft oder Medikamenten bei der Viehwirtschaft ist eine große gesundheitliche Gefahr. Aus diesem Grund kann das einzige Ziel sein, die Landwirtschaft ökologisch sinnvoll zu gestalten.

Aus diesem Grund fordern wir Jusos:

- Dass die Vergabe von Fördermitteln in der Landwirtschaft nicht mehr nach der Flächengröße erfolgt, sondern nach dem gewählten Produktionsstandard. Dabei sind ökologisch produzierte Lebensmittel besonders zu fördern.

- Dass ökologisch produzierte Lebensmittel auch direkte steuerliche Vorteile und Subventionen erhalten, so dass die erhöhten Produktionskosten nicht komplett an den Konsumenten weitergegeben werden. Nicht nur reiche Menschen haben das Recht auf ökologische Lebensmittel.
- Dass eine staatliche Begrenzung für die Gesamtgröße einer Anbaufläche eingeführt werden. Denn, verkleinerte und durch Hecken geschützte Anbauflächen senken die Bodenerosion und verringern den Einsatz von Pestiziden. Dabei ist nicht die Gesamtfläche des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes, sondern nur der einzelnen von Hecken und Grünflächenstreifen begrenzten Anbauflächen entscheidend, sodass es möglich ist, dass ein einziger Betrieb mehrere solcher Anbauflächen bestellt.